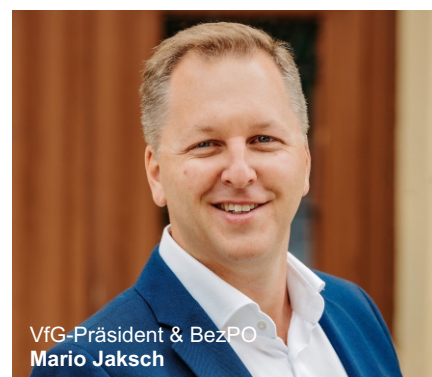


SPÖ schickt Bürger in finanzielles Dürrejahr

Als unsozial, unverantwortlich und belastend für unsere Landsleute prangert unser Präsident der freiheitlichen und unabhängigen Gemeindevertreter Burgenland und FPÖ-Bezirksparteiobmann, Mario Jaksch, die vom Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland (WLV) beschlossene drastische Erhöhung der Wasserpreise an. Der Wasserpreis steigt von 1,56 auf 2 Euro netto pro Kubikmeter (ca. +30%) und die Grundgebühr von 7,15 auf 12 Euro (fast +70%). Eine Erhöhung, die viele Familien und Haushalte vor finanzielle Herausforderungen stellen wird. War es zuerst der Klimawandel, der als Sündenbock für die Preiserhöhung herhalten musste, wurden später Investitionen als Ausreden benutzt. Die Tatsache, dass der WLV in den letzten Jahren massive Gewinne gemacht hat, wirft allerdings Fragen auf. Warum werden die Preise erhöht, wenn es finanziell nicht notwendig ist? Es ist richtig, dass Investitionen in die Infrastruktur notwendig sind. Vernünftiges Wirtschaften bedeutet aber, diese langfristig durch moderate Gebührenerhöhungen abzudecken und nicht durch drastische Preiserhöhungen, um ein Großprojekt in wenigen Jahren zu



VfG-Präsident & BezPO
Mario Jaksch

finanzieren. Die Gebühren sollten dazu dienen, die Selbstkosten des Verbandes zu decken und nicht dazu, eine undurchsichtige Agenda zu verfolgen. Wir appellieren an die Verantwortlichen, ihre Entscheidung zu überdenken und dafür zu sorgen, dass Wasser für alle Menschen im Nordburgenland leistbar bleibt.

Freiheitlicher GEMEINDEKURIER

Ausgabe 1 | 2022

www.fpoe-bgld.at | www.vfgeb.at

Intervention Projekt Bahnübergang Schulzentrum Eine Initiative der FPÖ Ortsgruppe Neusiedl führt zum Erfolg

Es schwebte schon seit Jahren in der Luft, nun sollte es durch den Gemeinderat gepeitscht werden: Der Bahnübergang beim Pensionistenwohnheim Richtung Schulzentrum/Sportplatz sollte ausgebaut werden. Allerdings nicht in Richtung Sicherung durch einen Schranken für Fußgänger und Radfahrer - denn dieser Bereich ist aktuell nur für diese gedacht - sondern gleich im großen Stil: mehrspurig befahrbar, inklusive der Öffnung für Kraftfahrzeuge.

Ohne Rücksicht oder Befragung der Bevölkerung - besonders der Anrainer und Bewohner dieser Gegend - wollte die Stadtregierung einfach „drüberfahren“. Weder wurde ein Verkehrskonzept im Vorfeld entwickelt oder vorgestellt, noch dieses auf Zustimmung oder Ablehnung geprüft. Auch der finanzielle Aspekt blieb völlig unbedacht und un kalkuliert. Unsummen an Investitionen, die durch Gelder der Gemeinde dafür aufgewendet werden hätten müssen. Ein Projekt mehr, welches die ohnehin schon mickrigen Budget-Töpfe Neusiedls um etliche hunderttausende Euro mehr erleichtert hätte.

Dazu muss erwähnt werden, dass der gesamte Bereich ein reines Wohngebiet inklusive einer 30er Zone ist, die Verkehrsberuhigung jetzt schon kaum funktioniert - Stichwort Schulbeginn und Schüler/Eltern, die zu spät dran sind und sich nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung halten - und leider auch die Exekutive hier durch Abwesenheit trotz Aufforderung der Anrainer glänzt.

An das Pensionistenwohnheim in direkter Verbindung zu diesem „Verkehrsknoten“ wurde dabei ebenso wenig gedacht, wie an die resultierende Verlängerung der „Rennstrecke“ startend Seestrasse Höhe Hallenbad Richtung Sportplatz. Gerade nachts wird hier mit quietschenden Reifen „Gummi gegeben“. Die Folge sind regelmäßige Unfälle.

Aber auch die Verkehrssituation durch geschlossene Bahnschranken und den sich daraus ergebenden Staus bis zum Gartenweg wären sicher kein Garant - auch wenn in diesem Fall die Fahrzeuge stehen würden - für die Erhaltung der Verkehrsberuhigung.



Schließlich noch zu erwähnen die Öffnung für den Schwerverkehr (LKW & Busse), als auch die Nutzung als Abkürzung in Richtung Seebad durch Gäste von außerhalb Neusiedls, welche nicht mehr die Hauptstrasse bis zur Seestraße nutzen würden.

Zusammenfassend: der gesamte Bereich wäre nicht mehr ruhig, wie er aktuell mehr oder weniger ist (bis auf morgens zwischen 07:30 und 08:00 bevor die Schulen öffnen), sondern eine definitive Minderung der Wohn- und Lebensqualität der Anrainer.

FPÖ-Gemeinderat Josef Brandlhofer hat sofort erkannt, dass man das so, wie es sich die Stadtgemeinde vorstellte, nicht machen kann. Gemäß der Ideologie der FPÖ durch direkte Demokratie inklusive Einbindung der Bürger, startete er mit einigen Mitbürgern eine Unterschriftenaktion.

Die Erkenntnis dabei war nicht nur die allgemeine Ablehnung (über 95% der Befragten waren sehr dagegen), sondern auch die Tatsache, dass keiner

der Anrainer und Bewohner der Gegend überhaupt davon erfahren hatten, was hier geplant gewesen ist! Ohne das Zutun wären demnächst die Bagger gekommen und alle wären vor vollendete Tatsachen gestellt gewesen.

Durch die gesammelten Unterschriften konnten schlussendlich sämtliche (!) andere Gemeinderäte davon überzeugt werden, dass dieses Projekt sofort gestoppt werden muss, auch wenn es zu erwähnen gilt, dass die Grünen und auch Teile der ÖVP bereits im Vorfeld Bedenken geäußert hatten.

Schlussendlich war es jedoch allein die FPÖ, die den Weg zur Bevölkerung gesucht hat, die Gespräche initiiert hat und für Aufklärung gesorgt hat. In mühevoller Kleinarbeit konnten so die nötigen Unterschriften gesammelt werden.

Wir möchten uns bei jedem einzelnen Mitbürger bedanken, der sich mit uns stark gemacht hat, und zu diesem Erfolg beigetragen hat!



Schulstartgeld für Neusiedler Taferlklassler

Auf Initiative der FPÖ Neusiedl Schulstartgeld für Taferlklassler beschlossen!

Die FPÖ brachte bei der Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause am 27. Juni 2023 einen Antrag für ein Schulstartgeld ein. Profitieren sollen bei dieser Aktion die Neusiedler Taferlklassler. Denn in diesem Antrag wird ein Schulstartgeld für jede Familie, deren Kinder mit der allgemeinen Schulpflicht beginnen, gefordert. Laut dem freiheitlichen Stadtparteiobmann und GR Josef Brandlhofer, ist der Start der

Schulzeit, für die Familien vor allem finanziell eine große Herausforderung.

Beim Einbringen wurde der Antrag im Gemeinderat einstimmig angenommen. „Wir freuen uns mit dem Schulstartgeld für Taferlklassler“ den Familien eine wertvolle Unterstützung bieten zu können“ zeigt sich Josef Brandlhofer sichtlich stolz.

Ein detailliertes Konzept wurde erarbeitet und wird in 3 Stufen einmalig in der Höhe von 600 Euro, 400 Euro oder 200 Euro ausbezahlt, um die Familien in gerechter Form und Weise zu unterstützen. Das dazugehörige Formular für das Ansuchen ist im Rathaus erhältlich und kann ab



Stadtparteiobmann und GR
Josef Brandlhofer

sofort bis 30. August 2024 vor Ort oder auch Online eingereicht werden. Gerade für die Freiheitlichen ist die Unterstützung für die Taferlklassler in Neusiedl ein wesentlicher Aspekt, umso mehr freut es mich, dass der Antrag auf Initiative der FPÖ-Neusiedl am See bei der Gemeinderatssitzung einstimmig angenommen wurde!



Obfrau, Michaela Brandlhofer aus Neusiedl am See, stellt sich mit ihrem Team in den Dienst, unverschuldet in Not geratene Burgenländerinnen und Burgenländer mittels Lebensmittelgutscheinen zu unterstützen.

Der Verein ist der erste österreichweit, welcher in Form von Lebensmittelgutscheinen Hilfe anbietet. Damit soll gewährleistet werden, dass gerade jene Menschen, welche tatsächlich Hilfe benötigen, diese bekommen und somit die Hilfe dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird.

Michaela Brandlhofer und ihr Team helfen unseren Burgenländerinnen und Burgenländer, weil sie von dem Leitspruch des Vereins überzeugt sind:



Obfrau
Michaela Brandlhofer

Wir wollen helfen,

..., weil Hunger weh tut

..., weil Essen als Grundbedürfnis lebensnotwendig ist

..., weil wertvolle Lebensmittel ihren Preis haben

..., weil ein Stück Normalität Menschenwürde ist

Der Verein wird ausschließlich von Spenden und Mitgliedsbeiträgen getragen.

Die Beantragung von Unterstützung ist bei Burgenländer in Not unkompliziert:

Jeder der seinen Hauptwohnsitz im Burgenland hat und eine plausible Sachverhalts-Darstellung vorweist, kann sich über Hilfe in Form von Lebensmittelgutscheinen freuen.



Helfen sie uns helfen!

Danke!

BKS Bank AG
Burgenländer in Not
At51 1700 0004 3440 0007

Ruster Straße 70 b
7000 Eisenstadt
Hotline: 0664 / 37 44 253
www.burgenländer-in-Not.at



FJ-Bezirksobmann
Manuel Limbeck

Geschätzte Jugend,

die aktuelle politische Lage in Österreich zeigt uns, dass es eine Veränderung braucht. Das Leben für junge Menschen wird immer schwieriger zu bewältigen. Wir als Freiheitliche Jugend sind Österreichs letzte Chance. Werde auch du Teil unserer Bewegung, um dieser menschenverachtenden Politik entgegenzuwirken.

Kontakt: FJ-Bezirksobmann Manuel Limbeck
Telefon: +43 680 4016083
E-Mail: manuel.limbeck@gmx.at